

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

6.11.1929 (No. 259)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Herrnhuter
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 M., einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Stabenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kostenrabatt gilt und verzweigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konfuzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zum Tode des Prinzen Max von Baden

An der Bahre des Prinzen Max von Baden hat heute der Landeskommissar von Konstanz im Auftrage des Staatspräsidenten für das badische Staatsministerium einen Kranz mit einer Schleife in den badischen Farben niedergelegt.

* Prinz Max von Baden †

W.B. Konstanz, 6. Nov. Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, ist heute früh 5.45 Uhr im Alter von 63 Jahren gestorben.

Die Nachricht vom Ableben des Prinzen Max von Baden wird in den demokratisch gesinnten Kreisen des deutschen Volkes Trauer und Anteilnahme hervorrufen. Wusste man doch, daß dieser Prinz die Tatsache der kaiserlichen Abstammung und der Anwartschaft auf den badischen Thron nicht gehindert hat, sich für demokratische Prinzipien, für die Idee des parlamentarisch regierten Staates einzusetzen.

Selbstverständlich hat Prinz Max von Baden niemals daran gedacht, einer Politik zu huldigen, welche die Auflösung der Monarchie durch die Republik anstrebte. Was ihm vorstrebte, war eine Staatsverfassung etwa nach englischem Muster, eine konstitutionelle Monarchie mit stark ausgeprägten Rechten des Volkes. Und speziell für Deutschland hat er sich, da er offenbar früh genug die Gefährlichkeit des persönlichen Regiments Wilhelms II. erkannte und auch sonst die Zeichen der Zeit richtig verstand, eine Änderung der Verfassung im Sinne des parlamentarischen Regimes gewünscht.

So war es nur zu begreiflich, daß er in den Tagen des Waffenstillstandsabkommens, im Herbst 1918, dem Aufsteigen des Reichskanzleramts auf der Grundlage eben dieses parlamentarischen Regimes übernahm. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Prinz Max von Baden auch dann, wenn die Dinge hernach anders verlaufen wären, als sie faktisch verlaufen sind, an diesem seinem Grundsatz festgehalten hätte.

Was er damals innerlich gewollt hat, liegt klar am Tage und sollte auch von den verfassungspolitischen Gegnern des Prinzen nicht verdrängt werden! Er wollte durch sein Einbringen gerade die Monarchie als solche retten und hielt sich in der kritischsten Stunde seines Lebens aus den besten Absichten heraus auch für berechtigt, den obersten Repräsentanten der Monarchie in Deutschland, den Kaiser, als Person preiszugeben, weil er die Bedrohung des monarchischen Prinzips geradezu durch diesen Herrscher richtig einschätzte und sich sagte, daß die Einzelpersönlichkeit nichts zu gelten habe, wenn es gelte, ein Prinzip vor dem Untergang zu bewahren.

So hat Prinz Max von Baden die schweren Vorwürfe und Angriffe, die ihm aus dem Lager der Rechten, aus dem Lager der Monarchisten, zuteil wurden, gewiß nicht verdient. Weiter aber darf ruhig behauptet werden, daß es dem Prinzen auch gar nichts genützt hätte, wenn er eine andere Taktik befolgt hätte. Der Stein war im Rollen und konnte nicht mehr aufgehalten werden. Es vollzog sich damals im Herbst 1918 der fünfte Akt eines Dramas, dessen vorausgegangene vier Akte für jeden Einsichtigen die Katastrophe bereits ahnen ließen. Es war die Katastrophe Wilhelms II. und damit die Katastrophe der Monarchie in Deutschland schlechthin!

Prinz Max hat bereits während des Krieges Ideen vertreten, welche die Aufmerksamkeit aller fortschrittlichen Elemente in Mitteleuropa erregen mußten. Von Jugend an hatte er sich bemüht, modern zu denken. Und so erfreute er sich seit Beginn des Jahrhunderts besonders in Baden in allen liberalen und demokratischen Kreisen eines erheblichen Ansehens. Ja, auch die Sozialdemokratie hat ihm um dieser Ideen willen stets eine Sonderstellung in ihrer Betrachtung deutschen Dynastentums eingeräumt.

Offiziell ist Prinz Max von Baden nach der Revolution in politischer Beziehung nicht mehr hervorgetreten. Aber er hat auch weiterhin aus seinen Grundanschauungen kein Geht gemacht, wenn er es auch wohl immer bedauert und beklagt hat, daß die Entwicklung im Herbst 1918 ein derartiges stürmisches Tempo annahm, daß dabei die Monarchie und die Versuche, sie zeitgemäß zu reformieren, scheitern mußten.

Letzte Nachrichten

Die Stellung der Regierung Tardieu

Morgen Regierungserklärung

W.B. Paris, 6. Nov. (Tel.) Über den Inhalt der Regierungserklärung schreibt das „Echo de Paris“, das Ministerium Tardieu werde erklären, daß es die von Briand eingeleitete und verfolgte Friedens- und Annäherungspolitik weiter betreiben wolle, aber bedingt durch die Sicherheit Frankreichs, und zwar sowohl hinsichtlich der Räumung des Rheinlandes als auch der auf der Londoner Konferenz zu behandelnden Seeabrüstung. In gleicher Weise werde die Regierungserklärung auch über die Finanzen und die wünschenswerten Maßnahmen zur steuerlichen Erleichterung Auskunft geben. Die Absichten auf dem Gebiete der Sozialpolitik würden ebenfalls umrissen werden.

Briand würde in Beantwortung der vorliegenden Interpellationen eine umfassende Darlegung geben, bei der er die Fragen der Saager Konferenz und der Kommerzialisierung der deutschen Schulden behandeln werde. Der Chef der neuen Regierung habe den Wunsch, daß die Behandlung der Interpellationen noch am Donnerstagabend zu Ende gehe. Selbst wenn es sich um die einfache Abstimmung darüber handele, solle die Kammer für oder gegen die neue Regierung Stellung nehmen. Man könne gewiß sein, so schließt das Blatt, daß die Abstimmung zugunsten der Regierung ausfallen werde.

W.B. Paris, 6. Nov. (Tel.) Gestern haben drei Fraktionen zur Regierung Tardieu Stellung genommen. Die sozialrepublikanische Fraktion (Richtung Painlevé-Briand) hat in einer nicht stark besuchten Sitzung eine Entschärfung angenommen, in der sie sich mit den Linksparteien solidarisch erklärt und betont, daß die gefundene Lösung der Krise in Frankreich und im Auslande nicht ohne Besorgnis aufgenommen werde, und daß die Beibehaltung der Friedenspolitik Briand-Herriot die wesentliche Frage bilde, in der man nicht nachgeben könne. Die Fraktion der Linksparteien dagegen hat ihre Befriedigung über die Zusammensetzung des Kabinetts Tardieu zum Ausdruck gebracht und ihm Unterstützung versprochen. Die Fraktion der demokratischen Aktion der Gruppe Maginot hat den gleichen Beschluß gefaßt.

Die Krise in Polen

Der vertagte Sejm

W.B. Warschau, 6. Nov. (Tel.) Die Eröffnung des polnischen Sejms ist gestrichen auf Grund eines Erlasses des Staatspräsidenten um 30 Tage vertagt worden.

Die einzelnen Sejmfraktionen haben zu der Vertagung Stellung genommen. So erklärt der Nationale Club über die außenpolitische Lage, daß sie eine Beleuchtung durch den Sejm erfordere. Unter diesen Bedingungen müßte die Vertagung des Sejms um einen Monat als schädlich und als Versuch, vor der Verantwortung zu flüchten, angesehen werden. Die Fraktion der Radikalen Bauernpartei Wyszowolenie erklärt, daß sie die Vertagung des Sejms mit Empörung zur Kenntnis genommen habe. Auch die sozialdemokratische Fraktion stellt fest, daß die Vertagung der Sejm-session einem Versuch der Leiter des Radikalen Regierungssystems gleichkomme, sich der Kontrolle des Sejms und der Öffentlichkeit zu entziehen.

Im Laufe des gestrigen Abends betraufte die Sozialisten im ganzen Lande Massenkundgebungen, um für die Demokratie und den Sejm das Joch zu demonstrieren. In Lemberg kam es zu Zusammenstößen. In Lodz zogen die Arbeiter unter Abhängen des Liedes von der roten Fahne durch die Petrikauer Straße. Der Leitartikel und zweiter politischer Artikel des heutigen sozialistischen „Robotnik“ ist konfisziert worden.

Demokratische Wahlerfolge in Amerika

Bürgermeister Walker wiedergewählt

W.B. New York, 6. Nov. (Tel.) Die Bürgermeisterwahlen haben den erwarteten Sieg des bisherigen demokratischen Bürgermeisters Jimmy Walker ergeben. Abgesehen von den gegen Witternacht noch ausstehenden 121 Wahlbezirken erhielten Walker rd. 840 000, der Republikaner La Guardia 380 000, der Sozialist Thomas 167 000 und der frühere Polizeipräsident Enright 6000 Stimmen. Die bemerkenswerte Zunahme der sozialistischen Stimmen bildet die Sensation des Wahltages. Die bisher höchste Stimmengahl von 145 000 hatte der sozialistische Kandidat Hillquit im Jahre 1917 erreicht.

W.B. Richmond (Virginia), 5. Nov. (Tel.) Bei den Staatswahlen in Virginia errangen die Demokraten einen überwältigenden Sieg auf der ganzen Linie. Dies bildet insofern eine Überraschung, als Virginia bei den Präsidentschaftswahlen des letzten Jahres einer der fünf Südstaaten war, in denen eine republikanische Mehrheit für Hoover erzielt wurde. Bis dahin hatten die Südstaaten als fester demokratischer Besitz gegolten.

Für das Land Baden hat Prinz Max sein Leben lang in ehrlicher Arbeit Treffliches geleistet. Unvergessen bleiben seine Verdienste als Präsident der Ersten Kammer, und ebenso unvergessen ist die Energie, mit welcher er für Kunst und Wissenschaft, für die Fortschritte der Kultur auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens einzutreten pflegte. So hat die badische Bevölkerung alle Veranlassung, an der Bahre des Prinzen seines Wirkens in Dankbarkeit und Wertschätzung zu gedenken. Mit ihm ist einer der besten Söhne unseres Landes dahingegangen!

* Volksbegehren, badischer Landtag und Frankreich

Nach den letzten Meldungen wäre das Volksbegehren als angenommen zu betrachten, da 0,05 Proz. mehr als die notwendigen 10 Proz. der Stimmen dafür abgegeben wurden. Man sieht, daß die Sache auf des Messers Schneide stand. Nur eine ganz geringe Anzahl von Stimmen hat die Annahme des Volksbegehrens bewirkt. Gut 20 000 Stimmen weniger, und das Volksbegehren war erledigt.

Was nun formalrechtlich weiter zu geschehen hat, haben wir kürzlich an dieser Stelle dargelegt. Einstweilen bestehen aber noch immer Zweifel, ob überhaupt das Volksbegehren verfassungsrechtlich als angenommen betrachtet werden wird. Denn aus verschiedenen ländlichen Bezirken werden derartige Wahlbeeinflussungen gemeldet, daß eine Nachprüfung nicht ausbleiben kann. Und nach den geltenden Bestimmungen würden dann, wenn eine solche Wahlbeeinflussung nachgewiesen ist, die sämtlichen Einzelnennungen des betreffenden Bezirkes als ungültig fortzufallen. Geht den Fall, diese ungültigen Stimmen würden eine Ziffer von mehr als 20 000 erreichen, so könnte es passieren, daß noch in letzter Stunde das Volksbegehren für nicht angenommen erklärt werden muß.

Doch sind das zunächst rein formale und rechtliche Erwägungen. Sie ändern an den politischen Auswirkungen der ganzen Aktion nichts. Was diese Auswirkungen anlangt, so muß man immer wieder feststellen, daß es in den letzten Jahrzehnten deutscher innerpolitischer Geschichte nur ganz wenige Unternehmungen gegeben hat, die sich an Unüberlegtheit und Gefährlichkeit mit dieser messen können. Es ist nicht nur ein ganzer innerpolitischer, sondern auch ein ganzer außenpolitischer Porzellanladen zertrümmert worden.

Innerpolitisch haben sich die Gegensätze verschärft, und die Absicht Eugenbergs, der „nationalen Einigung“ zu dienen, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Man kann es begreifen, daß diese politische und moralische Niederlage Eugenbergs auch auf der Rechten bitter empfunden wird, und daß sich dort — zunächst vor allem in den Kreisen des Landbundes — Zeichen heftiger Opposition und Kritik bemerkbar machen.

In diesem Zusammenhang würde eine Nachricht aus dem Badischen Landtag besonderes Interesse beanspruchen, falls ihre Richtigkeit bestätigt wird. Danach haben sich nicht, wie zu erwarten war, Deutschnationale und Bauernpartei (Landbund) zu einer Fraktion zusammengeschlossen, sondern Wirtschaftspartei und Bauernpartei. Den Deutschnationalen bliebe also lediglich die Möglichkeit, an die Lüre dieser neuen Fraktion anzupacken und um Einlaß zu bitten. Ob die neue Fraktion nach dem alles Maß übersteigenden Agitationsanträgen, welche von den Deutschnationalen in der Kammer eingebracht worden sind, mit dieser Partei gerne zusammenarbeiten würde, ist einstweilen wohl noch zweifelhaft.

Jedenfalls zeigt sich auch hier im Kleinen, wie im ganzen Reich im Großen, daß die Deutschnationale Partei in ihren Grundfesten erschüttert ist, mit dem Nationalsozialismus als Erben rechnet und überall dort, wo sie schlecht beraten ist, versucht, mit den Nationalsozialisten in einen Wettbewerb des Radikalismus zu treten. So sind wohl auch die Anträge der Deutschnationalen im Badischen Landtag zu verstehen. Sie wollen agitatorisch zweifellos den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen.

Noch viel schlimmer als der innerpolitische Schaden ist der außenpolitische Schaden, den das Volksbegehren bis jetzt angerichtet hat. Ein mehr nach links gerichtetes Kabinett in Frankreich würde sich vielleicht mit dem ziffernmäßigen Ergebnis des Volksbegehrens abgefunden haben, obwohl auch ein solches Kabinett in seiner Außenpolitik von vornherein durch dieses Ergebnis Schwierigkeiten zu befürchten gehabt hätte. Nun haben wir aber ein nach rechts gerichtetes Kabinett in Frankreich bekommen, mit einem Ministerpräsidenten (Tardieu) an der Spitze, der vorgestern erklärt hat, er gedenke sein Kabinett wirklich zu führen und scheue auch den Vorwurf der Selbstherrlichkeit nicht, und der vorgestern die Äußerung getan hat, das ziffernmäßige Resultat des Volksbegehrens sei so, daß es Frankreich zwingt, auf der Gut zu sein und mit der Rheinlandräumung so lange zu warten, bis alle im Youngplan vorgesehenen Bedingungen genau erfüllt sind.

Gleichzeitig hören wir von allerlei Terminverschiebungen, die für uns so ernst sind, daß sie die höchste Aufmerksamkeit unserer Reichsregierung beanspruchen. Daß die nationalsozialistische Presse Frankreichs und Belgiens das Ergebnis des Volksbegehrens in ihrem Sinne ausschaltet, kann man sich wohl denken. Mit Wonne weist man darauf hin, daß in Deutschland immerhin 4 Millionen „Republikpolitiker“ vorhanden seien, und daß diese Tatsache die Wichtigkeit der nationalsozialistischen Auffassungen in Frankreich und Belgien nur bestätigen könne. Was die Terminverschiebungen betrifft, so bezieht man sich darauf, daß jetzt erst der Reichstag und dann das gesamte deutsche Volk beim Volksentscheid zu sprechen habe, und daß man diesen Spruch abwarten müsse. Man tut so, als ob der Volksentscheid noch neue, ziffernmäßige Überraschungen bringen könne.

Jedenfalls ist der außenpolitische Himmel schon ein paar Wochen nach Stresemanns Tode zu unübersichtlicher, daß man den neuen Außenminister, Herrn Curtius, wahrlich um die Arbeiten, die seiner harren, nicht beneiden kann. Schuld daran ist jene ungeliebte Aktion der Herren Hugenberg, Hitler und Selbte. Und sicherlich weiß heute noch niemand in Berlin zu sagen, was zu geschehen hat, um den schlechten Eindruck, den das Ergebnis des Volksbegehrens gemacht hat, abzuwischen. Wahrscheinlich wird ja die Zeit etwas für uns arbeiten. Sie wird die ruhige Überlegung wieder zu ihrem Recht gelangen lassen. Und diese ruhige Überlegung muß doch zugeben, daß es eigentlich ein gutes und hoffnungsvolles Ergebnis für die Verständigungspolitik ist, wenn in Deutschland nur ein Zehntel der Wahlberechtigten extrem nationalsozialistischen Gedankengängen folgt.

Der Lebenslauf des Prinzen Max

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1867 in Baden-Baden als Sohn des Prinzen Wilhelm von Baden, des „Eiegers von Nuits“, eines Bruders des Großherzogs Friedrichs I., geboren. Seine Mutter war die kaiserlich russische Prinzessin Marie, Herzogin von Leuchtenberg. Zusammen mit seiner zwei Jahre älteren Schwester, der späteren Herzogin Marie von Anhalt, wurde Prinz Max in Karlsruhe erzogen, wo er auch das Gymnasium besuchte. Er hörte dann auf der Universität Heidelberg juristische und staatswissenschaftliche Vorlesungen und promovierte dort zum Doctor juris utriusque. Außerdem hörte er an der Auperto Carola Vorlesungen über allgemeinerbildende Fächer. In Freiburg setzte dann Prinz Max seine Studien fort, nach deren Beendigung seine militärische Laufbahn bei der Gardebataillon in Berlin begann.

Von diesem kam er als Kommandeur zu dem I. Bad. Leibdragonerregiment Nr. 20, deren Uniform er mit Vorliebe trug, noch lange, nachdem er aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war. Vom Jahre 1908 an nahm er keine Kommando mehr an. Als 1914 der Krieg ausbrach, wurde er Generalleutnant und zog mit den badischen Truppen ins Feld. Bald aber wurde ihm die Fürsorge für Gefangene und Verwundete übertragen, die er mit großer Hingebung und bemerkenswerten Erfolgen durchführte. Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg verlieh ihm gerade seiner Verdienste auf dem Gebiet der Gefangenensorge wegen, die Würde eines Ehrendoktors der Staatswissenschaft. Im Jahre 1900 heiratete sich Prinz Max mit der Prinzessin Marie Luise, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, der Tochter des im Jahre 1923 verstorbenen Herzogs Ernst August von Cumberland. Dieser Schritt leitete die Ausöhnung zwischen Welfen und Hohenzollern ein, die dann durch die Vermählung der einzigen Tochter des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. mit dem Stammbalten des Welfenhauses eine besondere Betonung fand. Zwei Kinder sind der Ehe des Prinzen Max entsprossen: die Prinzessin Marie Alexandra, die 1924 den Prinzen Wolfgang von Hessen heiratete, und Prinz Berthold Friedrich, der heute im Alter von 23 Jahren steht.

Im politischen Leben ist Prinz Max oft an hervorragender Stelle hervorgetreten. Den ersten aktiven Anteil an der Politik nahm er, als er an die Spitze der badischen Ersten Kammer gestellt wurde, als deren Präsident er zu wiederholten Malen seine moderne Auffassung vom deutschen Verfassungsstaat bezeugte. Im Verlauf des großen Krieges gingen vom Präsidentenstuhl der damaligen Ersten Kammer bedeutende Ausdehnungen des Prinzen Max zu den wichtigsten Fragen der damaligen Politik in die Welt, die im engsten Einvernehmen mit den verantwortlichen Stellen des Reichs sich an das Gewissen von Freund und Feind richteten. Als Bethmann-Hollweg und dann Michaelis vom Reichskanzleramt zurücktraten, war Prinz Max als Nachfolger ernstlich in Betracht gezogen worden. Seiner Ernennung fehlten sich aber doch mancherlei Schwierigkeiten, vor allem höfischer Art, entgegen.

Als dann aber gegen Ende des großen Krieges die Umgestaltung im Reich notwendig wurde, erfolgte am 8. Oktober 1918 die Ernennung des Prinzen Max zum Reichskanzler als Nachfolger des Grafen Hertling. Er war der achte und letzte Kanzler des alten Deutschen Reiches und gleichzeitig Ministerpräsident von Preußen. Nur kurz war seine Kanzlerschaft. Alles, was sich damals in den Tagen des Umsturzes abspielte, hat Prinz Max in einem umfassenden Buch niedergelegt.

Nach Ausbruch der Revolution zog sich Prinz Max auf seine Besitzung in Salem zurück. Zusammen mit dem damaligen Großherzog Friedrich II. verzichtete er am 22. November 1918 für sich und seine Nachkommenschaft ausdrücklich auf den Thron. Schon seit einigen Jahren war der Gesundheitszustand des Prinzen Max nicht der beste. Bei den Befreiungsfeierlichkeiten Großherzog Friedrichs II. im August 1928 erlitt der Prinz einen Ohnmachtsanfall. Schon vor Monaten wurde laut, daß Prinz Max von einem Schlaganfall heimgeführt worden sei. Von einem zweiten Anfall vor einigen Wochen sollte er sich nicht mehr erholen. In der badischen Bevölkerung erfreute sich Prinz Max dank seines freundlichen und tonzillianten Wesens lebhafter Sympathien.

Belebung in Salem

St. Konstan, 6. Nov. Gestern abend gegen 9 Uhr ist im Befinden des Prinzen Max von Baden eine Verschlechterung eingetreten, die das Schlimmste befürchten ließ. Von 9 Uhr ab hatte man mit dem Ableben des Prinzen gerechnet. Es trat ein rascher Kräfteverfall ein, der den Prinzen gegen 16 Uhr morgens ohne Schmerzen ruhig hinüberschlummern ließ. Die Leiche wird nach Salem überführt, wo auch die Beisetzung voraussichtlich am Freitag stattfinden wird. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben. Es werden sämtliche nähere Verwandte des Prinzen und der Prinzessin erwartet. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist gestern in Salem angekommen.

Zusammentritt des neuen Landtages

Dr. Baumgartner wieder Landtagspräsident

Vorbereitende Sitzung am Dienstagabend

Der neue Badische Landtag ist Dienstag abend 6 1/2 Uhr zu einer vorbereitenden Sitzung zusammengetreten, die rein geschäftlicher Natur war.

Da neue Parteien in das Haus eingezogen sind, hat auch die Sitzordnung eine Änderung erfahren müssen. Im ersten Sektor, rechts vom Präsidentenstuhl, sehen wir zunächst die Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Die restlichen Sitze und der gesamte zweite Sektor sind dem Zentrum vorbehalten. Im dritten Sektor beim mittleren Gang haben die Abgeordneten des Evangelischen Volksdienstes (vordere Reihe) sowie jene der Deutschen Volkspartei, der Bauern- und Wirtschaftspartei Platz genommen. Ihnen schließen sich im selben Sektor die Demokraten an, während im vierten Sektor die Sozialdemokraten Platz genommen haben. Im äußersten linken Flügel des Monbells sitzen die Kommunisten.

Die Eröffnungssitzung

St. Karlsruhe, 6. Nov.

Nach vorausgegangenem Gottesdienst für beide Konfessionen ist der neugewählte Badische Landtag Mittwoch vormittag zur ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten.

Die Parlamentseröffnung vollzieht sich im Gegensatz zu früher seit 10 Jahren ohne besondere Feierlichkeit und Feierlichkeit. Nur äußerlich zeigt sich im alten Weinbrennerbau in der Ritterstraße durch die Beflaggung in den badischen und Reichsfarben, daß drinnen „etwas los“ ist. Die Zuhörertribünen sind gleichwohl dicht besetzt, das Haus vollzählig versammelt. Am Regierungstisch: Staatspräsident Dr. Schmitt und Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Veers.

Alterspräsident Habermehl

eröffnet 11 1/2 Uhr die neue Sitzungsperiode des Landtags, der als Hauptaufgabe vor allem die Erledigung des Staatsvoranschlags für 1930/31 zufällt. Der Alterspräsident richtet an die Abgeordneten herzliche Begrüßungsworte und fährt fort: Bei aller Gegenseitigkeit mögen sich die Abgeordneten stets vor Augen halten, daß sie die Interessen der Gesamtheit zu vertreten haben. Das Allgemeinwohl soll Richtschnur und oberstes Gesetz des Landtags sein. In diesem Sinne seien seine Verhandlungen gesegnet zum Wohle des Landes und Volkes. Am in dem Ringen und Kämpfen unser höchstes Ziel zu erreichen, richtet der Redner an das Haus die Mahnung, die Verhandlungen in Formen zu führen, die gestatten, einst mit Befriedigung und ohne Reue auf die jetzt beginnende Tagung zurückzublicken. (Zustimmung.)

Er schließt: Des Landes und Volkes Würde ist in Eure Hand gegeben, wahret sie! Sie fällt mit Euch, mit Euch wird sie sich heben! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Dann nimmt

Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort, um den neuen Landtag namens der bisherigen Staatsregierung gleichfalls willkommen zu heißen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Abgeordneten die schweren Strapazen des Wahlkampfes gesundheitlich gut überstanden haben, und erklärt: Die seitherige Regierung werde mit Willigung des Hauses die Geschäfte solange weiterführen, bis die neue Regierung gebildet ist. Wenn er, der Staatspräsident, das charakteristische Symptom der Neuwohlen hervorheben dürfe, so sei es die erfreuliche Tatsache der stärkeren Wahlbeteiligung, die eine Vermehrung der Abgeordnetenliste von 72 auf 88 brachte. Das badische Volk habe erkannt, daß auch im Badischen Landtag wichtige Fragen zur Behandlung kommen, die ausschlaggebend sein können für das Wohl und Wehe unserer Heimat.

Wahlen, so fuhr der Staatspräsident fort, gehen nicht ohne Kämpfe ab und nehmen zuweilen eine gewisse Schärfe an. Man braucht aber nicht alles tragisch zu nehmen und wird nach dem Wahlkampf unter manchen Umständen einen Strich machen können und müssen. Man wird Brücken bauen müssen, um zu verbinden, was bisher getrennt hat. Stellen wir das Einigende in den Vordergrund und zurück das Trennende!

Wir dienen alle einer gemeinsamen Aufgabe. Nur der Weg ist bei den verschiedensten Parteien verschieden. Unsere gemeinsame Aufgabe steht geschrieben über der Fassade am Eingang dieses Hauses:

„Des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz!“

(Abg. Bod. (Komm.) ruft: Das ist sehr mager!)

Nehmen wir das zur Richtschnur und entscheiden wir uns zu positiver, sachlicher Arbeit.

Es handelt sich auch um die äußere Ordnung der Verhandlungen. Auf diesem Gebiete hat der Badische Landtag eine gute Tradition aufzuweisen. Badens Volk erwartet, daß sie beibehalten wird. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die Arbeit des Landtags dem badischen und deutschen Volk zum Wohle gereichen möge. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Präsident gibt hierauf den Eingang eines von der Mehrzahl der Parteien unterzeichneten Antrages bekannt. Demzufolge

die bisherige Geschäftsordnung

mit allen Paragrafen (1-89) auch für den neuen Landtag beibehalten werden soll.

(Abg. Bod. (Komm.) ruft: Also wir bleiben ausgeschlossen aus den Ausschüssen? Auch von unserer Seite liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor.)

Der kommunistische Antrag geht dahin: „Alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, erhalten Vertretungsrecht in den Landtagsausschüssen. Die diesbezüglichen Bestimmungen der Geschäftsordnung sind entsprechend abzuändern.“

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Art der Behandlung beider Anträge. Man kommt überein, zunächst die Wahlprüfungen vorzunehmen.

Dazu schlägt Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) vor, die Prüfung der Mandate an sieben Abteilungen zu vergeben, deren Vorsitzende wiederum einen Ausschuss bilden sollen, der die Verteilung der Mandate zu prüfen hätte.

Das Haus ist damit einverstanden.

Darauf wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 12.35 Uhr erstattet Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.), der zum Vorsitzenden des zusammengefassten Wahlprüfungsausschusses gewählt worden war, Bericht über das

Ergebnis der Wahlprüfungen.

Wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben, es sei denn die Ungültigkeitserklärung der Liste der Volkspartei im Wahlkreis Wilingen und die Abgabe von nicht weniger als 49 gefälschten Unterschriften unter den Wahlvorschlagen der Christlich-sozialen Volkspartei im Wahlkreis Bruchsal und Bretten (Lebhafte Hört, Hört). Dieser Sache hat sich die Staatsanwaltschaft angenommen. Der Berichterstatter teilt dann das bereits bekannte ziffernmäßige Wahlergebnis mit und stellt den Antrag, die Mandate sämtlicher Abgeordneten für gültig zu erklären.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag, die bisherige Geschäftsordnung beizubehalten, wird mit allen gegen 5 kommunistischen Stimmen bei Stimmenthaltung der 6 Nationalsozialisten angenommen.

Der Antrag der Kommunisten zur Geschäftsordnung wird dem zu bildenden Geschäftsordnungsausschuss übermiesen. Es folgt

die Wahl des Präsidiums

Abg. Dr. Schofer schlägt als ersten Präsidenten den Abg. Dr. Baumgartner vor, der schon bisher dieses Amt innehatte. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen, also das Zentrum, den Präsidenten.

Abg. Dr. Schmitt (Ztr.) erklärt für seine Gruppe Stimmenthaltung. Das bedeutet keine persönliche Spitze gegen die Gewählten, sondern geschieht deshalb, weil man einem Präsidium, in dem die Opposition nicht vertreten sei, die Stimme verweigern müsse.

Die Wahl ergibt 70 Stimmen für Dr. Baumgartner, 6 Stimmen erhält der kommunistische Abgeordnete Klausmann, 1 der Abg. Duffner (Ztr.).

Außerdem wurden 6 weiße Zettel abgegeben. 2 von den 84 anwesenden Abgeordneten (4 sind wegen Erkrankung entschuldigt).

Somit ist

Abgeordneter Dr. Baumgartner

zum siebten Male als Landtagspräsident gewählt. Er übernimmt unter lebhaftem Beifall der Mehrheit den Vorsitz mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren! Zunächst obliegt mir die angenehme Pflicht, dem verehrten Herrn Alterspräsidenten Habermehl für seine gewissenhafte Amtsführung und für die Vorbereitung zu dieser Sitzung im Namen des hohen Hauses den verbindlichsten Dank zu sagen. Sodann drängt es mich, Ihnen, verehrte Damen und Herren, soweit Sie mir durch Ihre Wahl zum Präsidenten das Vertrauen geschenkt haben, aufrichtig zu danken.

Vom Präsidenten eines Parlamentes muß in erster Linie gefordert werden, daß er unparteiisch und streng objektiv ist. Ich werde mich bemühen, dieser Forderung gerecht zu werden. In der gewissenhaften Pflichtenübung muß der Präsident weitestgehend mit den übrigen Vertretern des Volkes in diesem hohen Hause. Das badische Volk hat uns Abgeordnete hierher entsandt, damit wir hier im Parlament die durch die Verfassung uns übertragenen Gesetzgebungs- und Überwachungsbefugnisse nach bestem Wissen und Gewissen ausüben. Die Zeiten sind tiefer und ernster und erfordern gerade von den Volksvertretern in Reich, Ländern und Gemeinden gewissenhafteste Erfüllung der ihnen vom Volk anvertrauten Rechte und Pflichten. Jeder der Abgeordneten ist nur hier kraft der geltenden Verfassung. Auf Grund des § 39 dieser Verfassung gibt sich der Landtag seine Geschäftsordnung. Und dieser Geschäftsordnung untersteht jeder Abgeordnete. Die Führung der Geschäfte des hohen Hauses und die Handhabung der Ordnung obliegt dem Präsidenten. Ich werde diese Pflicht der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Würde dieses Hauses mit aller Energie erfüllen (Lebhafte Beifall).

Was das Parlament an Gesetzgebungsarbeiten erledigt, soll zum Wohle des ganzen Volkes geschehen. Und unserem Volke, unserem Lande wollen wir dienen. Mit dieser Absicht wollen wir in unsere erste Sitzungsperiode des neuen Landtags eintreten. Möge Gottes Segen über unseren Arbeiten ruhen! (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Aus den Fraktionen

Die Parteien der früheren Weimarer Koalition hielten auch am Dienstag mehrstündige Fraktionsitzungen ab.

Erstmals tagte die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Dr. Mattes, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Abg. Bauer und zum Schriftführer den Abg. Horn wählte.

Wie man hört, haben sich die Abgeordneten der Bauernpartei und der Wirtschaftspartei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Die Nationalsozialisten haben den Abg. Köhler (Weinheim) zum Fraktionsvorsitzenden bestellt. Die demokratische Fraktion hat noch nicht offiziell ihren Vorsitzenden benannt, doch soll Abg. Hofmeier dieses Amt übertragen werden.

1. Badisches Brudner-Fest in Karlsruhe

Als Auftakt zum Ersten Badischen Brudner-Fest in Karlsruhe, das vom 6. bis 10. November hier veranstaltet wird, wurde heute, Mittwoch, mittag, in den prachtvollen Sälen der Badischen Hochschule für Musik eine reichhaltige Brudner-Ausstellung durch einen feierlichen Akt eröffnet, an dem eine größere Anzahl prominenter Persönlichkeiten, darunter viele Lehrer und Freunde der Brudnerschen Kunst aus dem In- und Auslande, teilnahmen.

Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortrag eines Brudnerschen Graduales durch den Kammerchor der Musikhochschule Karlsruhe, unter Leitung von Direktor Philipps.

Prof. Dr. Grünzinger bewillkommnete hierauf die Gäste namens des Badischen Brudnerbundes und dankte alle, die sich um das Zustandekommen der Ausstellung besondere Verdienste erworben haben. Die Ausstellung bilde eine geheiligte Stätte des Schaffens Anton Brudners, für den die Kunst stets Gottesdienst gewesen sei.

Oberbürgermeister Dr. Finter bemerkte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Notenblätter in den Vitrinen, so reichhaltig und lehrreich sie auch an sich seien, doch nur für einen ganz kleinen Kreis eine wirkliche Offenbarung bedeuteten, daß es daher ein fruchtbringender Gedanke sei, die Werke des Meisters auch durch lebendige Klänge der Allgemeinheit näherzubringen, und sie mit dem Flügel Schlag Brudnerschen Geistes vertraut zu machen. Aus diesem Gedanken heraus sei das Brudner-Fest Karlsruhe geboren. Diese Ausstellung könne sich rühmen, die erste ihrer Art zu sein.

Das „Ave Maria“ Brudners, vorgelesen vom Kammerchor der Musikhochschule, beschloß die Feier, der sich ein Rundgang durch die reichlich mit kostbarem Brudner-Material besetzten Ausstellung, unter Führung von Prof. Paas, anschloß, der zuvor in einem einleitenden Vortrag Erläuterungen vorausgeschickte.

Badische Verwaltungsakademie

Der Winterkurs 1929/30 der Badischen Verwaltungsakademie, Abteilung Mannheim, wird am Donnerstagabend mit einer Eröffnungsfeier in der Aula der Handelshochschule eingeleitet. Die Vorlesungen der Akademie sind Beamten, Beamtenanwärtern und in der öffentlichen Verwaltung beschäftigten Angehörigen zugänglich. Ihr Arbeitsgebiet umfaßt arbeitsrechtliche und Sozialversicherungsfragen, Probleme der Finanzverwaltung, Statistik und Polizeiwesen und Übungen im bürgerlichen und Verwaltungsrecht.